

Unkorrigiertes Protokoll

# AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD 12.-13. OKTOBER 1972 DORTMUND WESTFALENHALLE

Donnerstag,  
den 12. Oktober 1972

## Die SPD vor den Wahlen

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD, Bundeskanzler: Verehrte Anwesende! Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag ist ein außerordentlicher, nicht nur von unserem Statut her, sondern vor allem von der Sache her. Er ist öffentlicher Mittelpunkt unseres Kampfes um das Vertrauen der Wähler. Wir bitten die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, unsere Politik nachhaltig zu ihrer Sache zu machen. Und ihre Sache ist: Man darf nicht auf halbem Wege stehenbleiben.

(Beifall)

Die Aussagen und die Entscheidungen dieses Parteitages sind wichtig für unsere engagierten Freunde, die überall in der Bundesrepublik mit so viel Mut und Opferwillen an die Arbeit gegangen sind. Sie sollen wissen, wie dankbar wir ihnen sind. Ich selbst bin ihnen besonderen Dank schuldig. Aber was hier diskutiert und beschlossen wird, liebe Freunde, geht auch die Zweifelnden, die Nachdenklichen in unserem Land an. Dieser Parteitag wird ein Erfolg sein, wenn am Ende auch die Zögernden folgendes feststellen:

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist fähig, sich auch in diesem harten Wahlkampf als eine zuverlässige, handlungsfähige, politisch geschlossene Regierungs- und Reformpartei zu beweisen.
2. Dieser Parteitag wird mit Augenmaß und Realitätssinn die Bilanz von drei Jahren harter und erfolgreicher Regierungsarbeit ziehen. Sie ist für jeden Wähler nachprüfbar. Nach dieser Bilanz werden wir die großen Aufgaben für die kommenden vier Jahre setzen. Sie sind als Politik des Friedens, der Sicherheit und der Reformen in der Plattform in unserem Wahlprogramm beschrieben.
3. Dieser Parteitag macht keine Konzessionen an die Angstpropaganda unserer Gegner. Wir sagen unseren Mitbürgern von hier aus: Laßt euch keine Furcht einreden! Habt Vertrauen zu euch selbst! — Wir sagen weiter: Noch lange ist bei uns nicht alles in Ordnung. Doch wir sind stolz auf dieses Land.

(Beifall)

Das Ergebnis harter gemeinsamer Arbeit unseres Volkes darf nicht durch verantwortungsloses Panikgeschwätz aufs Spiel gesetzt werden.

(Beifall)

Vergessen wir nicht: In Panik macht, wer Grund hat, sich zu fürchten. Und Panikmacher eignen sich nicht zum Regieren.

(Beifall)

4. Der Wähler kann erwarten, daß wir ihn noch einmal deutlich informieren, weshalb die Vertrauensfrage mit dieser Wahl in seine Hände gelegt werden mußte.

CDU und CSU hören nicht gern, weshalb vorgezogene Wahlen notwendig geworden sind. Wir müssen es um so beharrlicher sagen.

(Beifall)

Am 19. November geht es um die Fortsetzung einer konsequenten Politik des Friedens, der Sicherheit und der Reformen — oder um ihre Gefährdung. Die politischen Kräfte von gestern müssen daran gehindert werden, diese Politik für Jahre zu blockieren.

Ich will hier keine alten Rechnungen aufmachen. Das kostet Zeit, die kostbar ist. Von der großen Koalition, die damals eine staatspolitische Notwendigkeit war, bleibt als Leistung die Ueberwindung der wirtschaftlichen Rezession; aber es bleibt auch die Erfahrung, daß dem damaligen Partner Mut und Willen zu den notwendigen Entscheidungen fehlten. Er wagte nicht einmal die Unterschrift unter den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, obwohl ihn vor uns schon 98 Staaten der Welt unterzeichnet hatten.

(Beifall)

Nun, die eigentliche Entscheidung über das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Freien Demokraten fiel nicht am Abend des Wahltages im September 1969, sondern sie fiel im März 1969, als die CDU/CSU entschlossen war, ihren Kandidaten Dr. Schröder mit den Stimmen der Wahlmänner der NPD zum Bundespräsidenten wählen zu lassen. Dieses fatale Rechtskartell blieb auf der Strecke.

(Beifall)

Dr. Gustav Heinemann übernahm die Repräsentanz dieser unserer Republik. Die Verlagerung der politischen Mehrheit von einer politisch „rechten“ zu einer politisch „linken“, zur sozialen und liberalen Mitte, das war das eigentliche Merkmal der Wählerentscheidung vom Herbst 1969. Das Regierungsbündnis von Sozialdemokraten und Freien Demokraten hat sich bewährt. Es hat alle Voraussetzungen, auch in den kommenden Jahren die Bundesrepublik Deutschland durch Leistung zu führen.

Dies ist also das offen formulierte Ziel: Wir wollen, daß die Regierung der sozial-liberalen Koalition ein verstärktes Vertrauensvotum, eine eindeutige Mehrheit gewinnt. Dazu bedarf es einer starken Sozialdemokratie. Mit anderen Worten: Im neuen Bundestag müssen mehr Sozialdemokraten sein als 1969.

(Beifall)

SPD und FDP sind voneinander unabhängige Parteien. Auf vielen Gebieten stimmen sie überein, und deshalb können sie miteinander fair und fruchtbar zusammenarbeiten. Auf anderen Gebieten stimmen sie nicht überein, und deshalb müssen sie Kompromisse schließen. Jede der beiden Parteien ringt um mehr Stimmen und Mandate. Keiner von uns hat etwas zu verschenken. Es ist abwegig, wenn hier und da einer meint, man helfe der Koalition oder dem Bundeskanzler, wenn man dem sozialdemokratischen Kandidaten die Erststimme und die Zweitstimme der FDP gebe. Die Zusammensetzung des Bundestages hängt ganz und gar von den Zweitstimmen ab. Ich sage darum mit Nachdruck, damit es jeder versteht: Wir Sozialdemokraten haben keine Stimmen zu verschenken.

(Beifall)



1969 sind wir — wie heute — mit offenem Visier in den Wahlkampf gezogen. Getäuscht worden ist keiner von denen, die ihre Abwanderung mit Gewissensgründen motivieren. Getäuscht haben sie allenfalls sich selbst oder andere.

(Beifall)

Wer im Reich der Illusionen leben oder am Spiel der Täuschungen teilhaben will, den können wir leider nicht daran hindern. Uns sind — ich rede ernst — Enttäuschungen nicht erspart geblieben. Wir haben Pannen erlebt, die sich zum Teil hätten vermeiden lassen. Wir haben daraus gelernt. Das nächste Mal muß und wird manches besser gemacht werden. Zu einem allerdings waren wir niemals bereit: Weder in der Außenpolitik noch in der Gesellschaftspolitik haben wir einigen Wankelmütigen und Anfälligen zuliebe auf das verzichtet, was wir den Wählern gesagt und wozu wir uns in der Regierungserklärung verpflichtet hatten. Auch wenn wir ein paar Wanderungsverluste hinnehmen mußten, auch wenn der Bundestag zum Schluß durch Stimmengleichheit unbeweglich gemacht wurde, unsere Glaubwürdigkeit durften wir nicht preisgeben, und wir haben sie nicht preisgegeben.

(Beifall)

Dies ist nun nicht der Augenblick, um über das Parteienbild der Bundesrepublik Deutschland zu philosophieren. Wenn ich allerdings lese, was Herr Blüm, der Geschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, schreibt, und wenn man mir berichtet, was von Teilen der Jungen Union konzipiert und formuliert wird, dann frage ich mich, ob die Beteiligten wirklich davon überzeugt sind, daß sie damit in der CDU — oder gar in der CSU — eine Chance haben. Ich glaube, mancher wird noch zu der Einsicht finden, daß er mit der christlichen Soziallehre in der sozialdemokratischen Volkspartei besser aufgehoben wäre.

(Beifall)

Aber es liegt auf der Hand: Für die Funktionsfähigkeit unseres Staates ist es wichtig, ob die CDU in vier weiteren Jahren der Opposition jene innerparteiliche Erneuerung nachholen kann, die sie in den letzten drei Jahren der Taktiererei und der Negation versäumt hat, und ob es der CDU gelingt, sich aus der lähmenden Umklammerung durch die CSU des Herrn Strauß zu befreien.

(Beifall)

Dr. Barzel sprach kurz vor seinem Parteitag, nämlich auf dem Treffen in Fulda, davon, daß es ganz gut sei, wenn die Junge Union unter den Stühlen der CDU etwas Feuer mache. Ich meine, die Wähler selbst sollten am 19. November für dieses „Feuer unter den Stühlen der Union“ sorgen.

(Beifall)

Wenn der Vorsitzende der CDU nicht einen politischen Denkwort bekommt, dann wird die CDU für lange Zeit die Partei von gestern bleiben.

(Beifall)

Mit ihrem propagierten „Zukunftsministerium“ ist es nicht getan, weder was die Zukunft der Union noch die unseres Volkes angeht. Weder Reformschwens in der Gesellschaftspolitik noch eine höchstens taktische Anpassung an unsere Friedenspolitik können darüber hinwegtäuschen, daß die Union nicht regierungsfähig ist, solange sie bleibt, was sie ist: Herr Barzel als der Organisator ihrer inneren, nur mühsam übertünchten Verwirrung; Strauß als der Dompteur der eigenen Unsicherheit; Schröder als der Chef-schweiger, von dem man wenigstens weiß, daß er nicht mehr sagt, als er zu sagen hat — und das ist nicht viel —,

(Heiterkeit und Beifall)

und Herr Katzer als Anwalt einer Sozialpolitik, deren vernünftigeren Angebote von uns stammen. Nein, ich beneide Herrn Barzel nicht. Was übrigens den Zukunftsminister in spe angeht: Richard von Weizsäcker glaubte in Wiesbaden vor dem warnen zu müssen, was er die geschlossene Ideologie des Neomarxismus nennt. Ich weiß nicht, ob er genau weiß, wovon er redet.

(Heiterkeit)

Die moderne Sozialdemokratie kann er nicht gemeint haben. Er reitet also, was die Wahlen angeht, eine Attacke gegen Windmühlenflügel. Seine Funktion als Don Quichotte vom Dienst erfüllt er damit durchaus.

(Beifall)

Es kann kein Zufall sein, daß er so eine gewisse Prominenz in einer Opposition gewann, in deren Führung Figuren nach dem Zuschnitt Sancho Pansas dominieren.

(Beifall)

Die Bundesrepublik ist aber nicht das Spanien der heiligen Inquisition.

(Beifall)

Folglich werden gewisse Techniken der Verteufelung nicht funktionieren. Nein, damit ist bei uns kein Staat zu machen, im doppelten Sinne des Wortes.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich halte aber ein klares Wort über unser Staatsverständnis für notwendig, und ich scheue mich auch gar nicht, hierbei von der Würde des Staates zu sprechen. Ich sage: Die CDU/CSU hat in den 20 Jahren ihrer Regierungsverantwortung dem Staat nicht gegeben, was des Staates ist.

(Beifall)

Sie hat den Staat allzuoft zu einer Subventionsgießkanne degradiert.

(Beifall)

Sie hat Steuergesetze beschlossen, die den Reichtum einiger weniger förderten und die öffentliche Armut schlimmer machten. Die Folge: Eine Partei,

die sich christlich verstehen will, duldet die Wucherung eines hemmungslosen Materialismus. Sie duldet eine Atmosphäre, in der das böse Wort umging, alles sei käuflich oder verkäuflich. Wer hier nicht „halt“ sagt, verfällt in eine würdelose Staatspolitik.

(Beifall)

Zu der Würdelosigkeit und dem mangelnden Respekt im Umgang mit unserer aller Republik und ihren Institutionen gehört auch der Beifall, mit dem die Opposition bestimmte Publikationen belohnt, die sich darauf spezialisiert haben, durch die Veröffentlichung vertraulicher Protokolle von zwischenstaatlichen Verhandlungen die Interessen des Staates und das öffentliche Wohl zu gefährden. Liebe Freunde, die Zeiten sind vorbei, in denen gesellschaftliche Kräfte, deren Traditionen bis heute in die Unionsparteien wirken, selbstgefällig feststellen konnten, der Staat sei zuallererst für sie und ihre Interessen da, und für die anderen sei lediglich Platz im Souterrain des gemeinsamen Hauses. Wir haben stets — entgegen diesen Klassenvorstellungen vom Staate — in den parlamentarischen Institutionen Einrichtungen gesehen, von deren Würde und Autorität es wesentlich abhängt, Ansehen für das deutsche Volk nach außen und mehr Gerechtigkeit für das deutsche Volk im Inneren zu sichern.

Mit diesem Staatsbewußtsein haben sich die deutschen Sozialdemokraten in den Kampfjahren der ersten Republik nicht nur von der Rechten unterschieden, sondern auch von der radikalen Linken. Für die Sozialdemokratie sind der Staat und seine Institutionen niemals — früher nicht und heute nicht — ein Mittel zum Zweck gewesen, niemals auch ein Mittel zur Bewahrung von Privilegien oder ein Mittel des mißverstandenen Klassenkampfes, sondern der Rahmen, in dem eine menschenwürdige Politik zugunsten der ganzen Gesellschaft zu leisten ist.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten finden unsere Wähler in der Mehrheit der aufgeklärten Bürger, für die Würde und Autorität des Staatswesens an das geordnete Gleichgewicht zwischen der Ordnungsgewalt der staatlichen Institutionen und dem Freiheitsraum der mündigen Gesellschaft gebunden sind. Der Staat ist für uns kein Götze, der Staat darf nicht allmächtig sein, aber der Staat muß so organisiert und ausgestaltet sein, daß er seinen Dienst im Interesse aller erfüllen kann.

(Zustimmung)

Die erste Regierung der sozial-liberalen Koalition hat ihr Amt in einer Zeit angetreten, in der es wie nie zuvor darauf ankommt, daß der Staat seine Organisation einer technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung anzupassen vermag. Ohne fortschreitende, wenn auch möglichst wenig spektakuläre Staatsreform gibt es keine Gesellschaftsreform! Eine Entwicklung der staatlichen Funktionen nicht nur zur besseren, gleichmäßigeren Dienstleistungen für alle Bürger, sondern auch dort, wo sie zur Verteidigung unserer Rechtsordnung nötig ist, kann sich nicht aus Panik und Angst ableiten; sie wird unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung aber auch nicht scheitern am romantischen Traum der Utopisten

von einer vermeintlich möglichen Aufhebung aller staatlichen Gewalt. Diese Republik, liebe Freunde, ist unser Staat.

(Beifall)

Wir werden ihm, diesem unseren Staat, das geben, dessen er bedarf. Seine Autorität, wo immer sie gebraucht wird, legitimiert sich allein aus dem Grundgesetz und aus den von den Volksvertretungen beschlossenen Gesetzen. Wir werden unseren Staat weder den Kurzschlüssen der Panik noch den Interessen privilegierter Gruppen ausliefern.

(Beifall)

Recht und Gesetz beruhen nicht primär auf Justiz und Polizei, so lebensnotwendig beide Institutionen sind und so sehr sie des Verständnisses und der Unterstützung aller Bürger bedürfen. Recht und Gesetz beruhen zuallererst auf der Gerechtigkeit:

(Beifall)

Schutz der Schwachen, Bändigung der Mächtigen und der Übermütigen; sie erfordern einen Staat, der das Notwendige — mit Hilfe klarer Gesetze und einer effektiven Verwaltung — auch gegen die geballten Interessen von Privilegierten durchsetzen kann.

(Beifall)

Der traditionelle Konservatismus hat den Staat vergötzt. Und dieser Staat wurde dann — wir kennen es aus unserer jüngsten Geschichte — eine kalte Festung der Unmenschlichkeit, nicht nur der Ungerechtigkeit, eine kalte Festung der Unmenschlichkeit. Wir hören gut zu, wenn uns Oppositionspolitiker wie Strauß und Jaeger mit dem in den Ohren liegen, was sie „Sorge um den Staat“ nennen. Wir verstehen auch, daß die Opposition, nach dem Gesichtsausdruck ihrer Spitzenkandidaten zu schließen, eine Art von Staatstrauer trägt,

(Heiterkeit und Zustimmung)

nämlich die Trauer um den Staat, von dem sie 20 Jahre glaubte, sie könnte ihn weitgehend wie ihren Parteibesitz, wie eine Art kollektiver Pfründe betrachten.

(Beifall)

Es ist wahr, daß die deutschen Sozialdemokraten allzu lange in einer Distanz vom Staat gehalten wurden. Aber sie haben diese künstliche Entfernung niemals akzeptiert. Wann immer Not am Staat war, haben sie ihn aufgefangen, haben sie ihn getragen, weil ihr Staatsgedanke solide und zuverlässig gewesen ist. Der deutschen Sozialdemokratie ist der Staat niemals zur unmenschlichen Abstraktion geronnen. Sie sah in ihm ein Instrument der Gemeinschaft, das seine Würde aus dem Dienst der Bürger für die Gesamtheit und für den einzelnen bezieht. Dieser Staatsgedanke blieb stets der Individualität des Menschen verpflichtet. Andere haben es — wie wir sehen, teilweise bis auf den heutigen Tag — schwer gehabt, ein balanciertes und

entspanntes Verhältnis zum Staat zu finden. Für viele blieb er nach dem ersten Weltkrieg „Obrigkeit“, und sie wurden nicht müde, so lange nach dem „starken Staat“ zu brüllen, bis sie ihn hatten, vielmehr: bis er sie hatte.

(Beifall)

Zugleich ließen sie es zu, daß der Staat zum Objekt der Ausbeutung einseitiger Gruppeninteressen und brutaler Egoismen wurde. Beides, die autoritäre Vergötzung, die den Staat zum Moloch macht, und die Plünderung des Gemeinwesens auf Kosten der Mehrheit seiner Bürger, beides war Ausdruck einer latenten Staatsfeindlichkeit, die für immer überwunden sein muß. Deshalb brauchen wir auch in Verbindung mit dem 19. November das Ja selbstbewußter Bürger zu einer Republik, die vorwärts und nicht rückwärts orientiert ist.

(Lebhafter Beifall)

Das Problem der inneren Sicherheit hat nun entscheidend mit der Qualität der Staatsauffassung zu tun. Welchen Staat wollen wir? Einen Polizeistaat, der wie der große Schatten über unserem Leben hängt, oder den Staat, der die bürgerlichen Freiheiten garantiert, der seine Macht in nüchterner Selbstbeschränkung in den Dienst der Sicherheit seiner Bürger stellt? Wir haben uns nach den Erfahrungen der Geschichte durch unser Grundgesetz für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat entschieden. Aber für alle modernen Industriestaaten ist die innere Sicherheit ein belastendes Problem geworden.

Während bei uns die Innenminister in Bund und Ländern — unabhängig von ihrer parteipolitischen Couleur — praktische Arbeit leisten, gefallen sich die Unionsparteien draußen, wenn sie nicht mit am Tisch im Palais Schaumburg oder in der Innenministerkonferenz der Länder sitzen, in hemmungsloser Demagogie. Meinen die lautstarken Advokaten von „Recht und Ordnung“ zuverlässig das Recht, das die Gerechtigkeit will, und die Ordnung, die unsere Freiheit schützt? Danach muß man fragen.

Während die CDU das Bundeskriminalamt hatte dahinvegetieren lassen, ist die Regierung der sozial-liberalen Koalition darangegangen, es zu einem schlagkräftigen Instrument der Verbrechensbekämpfung auszubauen.

Die Desperados, gefährliche Wirtköpfe und Provokateure, die sich um die Baaders und Meinhofs gruppierten, sind nicht durch hysterisches Geschrei, sondern durch den zweckmäßigen Einsatz der staatlichen Machtmittel hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

(Beifall)

Bittere Erfahrung zeigt, daß es einen totalen Schutz nicht gibt, wenn Attentäter entschlossen sind, ihr eigenes Leben wegzuworfen. Aber den menschenmöglichen Schutz, den müssen, den werden wir aufbieten. Wir sind ein friedliebendes Volk geworden, aber beim Terror hört unsere Friedfertigkeit auf.

(Beifall)



Es ist übrigens mehr als eine Geschmacklosigkeit, wenn ausgerechnet die CSU den Terroranschlag in München für ihren Wahlkampf auszubeuten versucht.

(Pfui-Rufe)

Will sie auf Kosten der Opfer Stimmen gewinnen? Warum hat sie eigentlich in ihrem Werbespot nicht Strauß in Fürstentfeldbruck gezeigt?

(Beifall)

Eine böartige Verleumdung ist es, wenn die CDU in Großanzeigen und Flugschriften behaupten läßt, die SPD werde durch ihre 200 000 jungen Mitglieder daran gehindert, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Der Freiheitswille der allermeisten dieser jungen Menschen ist vielmehr eine Garantie unserer Sicherheit, die ich nicht dem CSU-Vorsitzenden ausgeliefert wissen möchte.

(Lebhafter Beifall)

Was den politischen Radikalismus angeht: Wer hat denn dafür gesorgt, daß der Kommunismus bei uns in der Bundesrepublik Deutschland keine Massenbasis hat? Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben dafür gesorgt!

(Beifall)

Manche Scheingrößen der Gesellschaft, die jetzt Strippen gegen uns ziehen, haben uns damals die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus überlassen. Auf ihre Kommunistenfurcht verlassen wir uns nicht, so wenig wie auf das Geld, von dem sie mehr haben als politischen Verstand.

(Beifall)

Übrigens, wenn die Unionsparteien mit steigenden Ziffern der Kriminalität aufwarten, so muß man sehen, daß vor allem die Wirtschaftskriminalität sprunghaft gestiegen ist.

(Beifall)

Auch hier wird für mehr Recht und Ordnung gesorgt werden müssen.

(Beifall)

Dann werden wir ja sehen, wie es mit dem Eifer der CDU und CSU auf diesem Gebiet bestellt ist.

Die Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen haben nicht zugenommen, sondern abgenommen. Wir haben uns der Auseinandersetzung mit der kritischen Jugend gestellt. Auch im Kampf gegen die Rauschgifthändler sind Erfolge zu verzeichnen. Wir haben deutlich gemacht, daß wir auch die Bestimmungen des Ausländergesetzes dort anwenden, wo es geboten ist. Diese Bundesrepublik darf nicht zum Tummelplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen werden, die ihre Ursache in den Konflikten anderer Staaten haben. Aber wir werden uns auch weiterhin vor Verallgemeinerung zu hüten wissen und jede Neigung zur Fremdenfeindlichkeit als das bezeichnen, was sie ist: eine Unerzogenheit, die unserer nicht würdig ist.

(Beifall)

Was ich staatspolitisch für besonders verwerflich halte, das ist der Versuch der Union und bestimmter Pressekonzerne, die Außenpolitik dieser Bundesregierung mit politischen Gewaltverbrechen und politischem Radikalismus in Verbindung zu bringen. Wer so argumentiert, will nicht den Schutz, sondern er betreibt die Zerstörung des Staates.

(Zustimmung)

Unser Grundgesetz will den Ausbau des demokratischen und sozialen Bundesstaates. Das Godesberger Programm verpflichtet uns Sozialdemokraten, die Demokratie zu verwirklichen. Dazu gehört z. B. ein Bildungs- und Ausbildungssystem, das die Entfaltung aller Begabungen in unserem Volk erlaubt, auch durch eine der allgemeinen Schulbildung endlich gleichwertige Berufsbildung.

(Beifall)

Zur Verwirklichung des Grundgesetzes gehört der Ausbau der Mitbestimmung als Ausdruck demokratischer Mitverantwortung und als Mittel zum friedlichen Austragen gesellschaftlicher Konflikte. Dazu gehört das nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Weiterentwickeln der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dazu gehört — um ein weiteres Thema zu nennen, das diesen Parteitag beschäftigen wird — eine durchgreifende Reform des Bodenrechts.

Es ist, liebe Freunde, keine bloße Vermutung, sondern es ist eine nachweisbare Tatsache, daß jede Verbesserung der Demokratie durch Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildung, durch mehr Mitbestimmung und durch eine Verbesserung der Qualität des Lebens den Charakter einer gesellschaftspolitischen Strukturreform hat. Das erklärt gerade den parallelen Widerstand von Linksextremisten und Rechtskonservativen gegen die Verwurzelung von Prinzipien der Demokratie über den staatlichen Bereich hinaus. Wo die Demokratie Wurzeln faßt, sehen Privilegierte und Radikalskins jeder Sorte ihre Felle davonschwimmen.

Alle sollen wissen, daß man sich in den für eine moderne freiheitliche Gesellschaft entscheidenden Fragen auf die Sozialdemokraten verlassen kann, und Vertrauen ist ein politisches Kapital, das eine Partei nicht aufs Spiel setzen darf. Wir Sozialdemokraten sammeln dieses Vertrauen mühsam in der täglichen Arbeit an Problemen, die dem Bürger hautnah sind. Wir wollen nicht umstürzen, was sich bewährt hat, sondern wir wollen erneuern, was der Erneuerung bedarf. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten, wir demokratischen Sozialisten wollen die Verantwortungsfreude auf der Grundlage der Verantwortungsfähigkeit zur Sache immer breiterer Teile unseres Volkes machen. Das ist die Solidarität von Demokraten.

Nun, wir wurden soeben in der Eröffnungsrede zu diesem Parteitag schon daran erinnert: vor weniger als einem Jahr wurde die deutsche Öffentlichkeit in großen Anzeigen mit der angeblichen Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden Wirtschaftskrise aufgeschreckt. Die Unglücksboten und Warner von damals haben sich geirrt. Um so besser für uns alle, für unser Volk! Natürlich haben wir Probleme; wer wollte das leugnen. Aber das Krisengerede ist von der Wirklichkeit widerlegt. Die Menschen in diesem Lande wissen es genauer. Es geht ihnen nicht schlechter, sondern besser als vor drei Jahren.

Auch daran soll man sich erinnern: Strauß und andere haben 1969 behauptet, SPD und FDP würden den Wohlstand mindern, ja man müsse um das eigene Haus bangen. Windige Schwindeleien damals wie heute!

(Beifall)

Unsere Landsleute haben das begriffen. Wer will Prognosen zweiter Hand kaufen?! Falsche Propheten gelten bald selbst im eigenen Bundesland nicht mehr viel.

(Beifall)

Wie ist die Lage? Die Schornsteine rauchen, die Staatskasse stimmt, die DM ist nicht abgewertet, sondern aufgewertet worden, und in den ständig steigenden Spareinlagen drückt sich Vertrauen aus. Daneben stehen allerdings die zu hohen Preissteigerungsraten.

Und nun marschieren die Demagogen auf und möchten unserem Volk einreden, die Marktwirtschaft sei in Gefahr. Sie behaupten sogar, wie der CDU-Vorsitzende in Wiesbaden, uns interessiere der Geldwert nicht, ich dulde dies, denn mit Hilfe einer schleichenden Inflation erreichten wir leichter, was sie uns wider besseres Wissen als unser wirtschaftliches Ziel unterstellen. Welch ein Unsinn! Die Älteren in Deutschland wissen, wer die beiden großen Inflationen, die beiden Weltkriege nämlich, verschuldet hat: nicht die Sozialdemokraten. Krieg und Gewalt und Not haben Sozialdemokraten niemals über dieses Volk gebracht.

(Beifall)

Welcher Unsinn, wenn man uns die alte Platte zwangswirtschaftlicher Neigungen zu unterstellen versucht! Das Godesberger Programm der SPD, die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 und unsere Wahlplattform, die — dessen bin ich sicher — in diesem Punkt jedenfalls nicht geändert werden wird, sind ein klares Bekenntnis zur marktwirtschaftlichen Ordnung. Dazu gehören: freie Konsumwahl, Dispositionsfreiheit der Unternehmer, wirksamer Wettbewerb und Autonomie der Tarifvertragsparteien.

Es gibt allerdings Leute in unserem Land — das muß ich auch einmal in aller Deutlichkeit sagen —, die Marktwirtschaft sagen, wenn sie in Wirklichkeit Steuerflucht, Bodenspekulation und Subventionsschwindel meinen.

(Beifall)

Da scheiden sich die Geister. Marktwirtschaftliche Ordnung bedeutet nicht die Erhaltung von Privilegien und auch nicht die Drosselung des Wettbewerbs. Das wäre ein Widerspruch in sich. Deshalb hat sich die Regierung der sozial-liberalen Koalition zum Beispiel für eine Verschärfung des Wettbewerbsgesetzes eingesetzt. Dieselbe Opposition, die jetzt große Sprüche riskiert und die, zum Teil aufgefordert durch große marktbeherrschende Unternehmungen, unter oder trotz dieser Förderung das hohe Lied der angeblich bedrohten Marktwirtschaft singt, hat doch die Verbesserung des Wettbewerbsrechts verhindert, und zwar zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, der inzwischen aus der FDP ausgeschieden ist.

Was die Preisentwicklung angeht, die das positive Bild der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik trübt, so gibt es aus unserer Sicht und Verantwortung nichts unter den Teppich zu kehren. Wir weichen dem Thema nicht aus, sondern wir werden es überall offen mit dem Wähler diskutieren. Wir werden dabei die Opposition beim Wort nehmen. Dr. Barzel ist in Wiesbaden klare Vorschläge für ein wirksames Stabilitätsprogramm schuldig geblieben. Die CDU hat in Wiesbaden wahrhaftig kein Kurprogramm entworfen. Unsere Landsleute wissen, daß inflationäre Erscheinungen eine Krankheit der ganzen westlichen Industrieländer sind. Niemand, der nicht Scharlatan



genannt werden will, sollte so tun, als verfüge er über ein Patentrezept für die rasche Heilung des Übels. Wer eines hat, soll es doch vorzeigen. Wahlanzeigen von Wirtschaftsprofessoren, die sich als Zwillinge erkannten, als sie ihre politische Zukunft hinter sich hatten,

(Beifall)

helfen vielleicht den Zeitungen, die sie drucken, aber niemandem sonst. Den Unionsparteien ist zu sagen: Wer 1969 gegen die Aufwertung der DM und 1971 gegen die Freigabe des Wechselkurses war, der sollte heute schweigen und der Regierung keine Knüppel zwischen die Beine werfen, wenn sie in internationalen Verhandlungen um die Stabilität der Währungen ringt oder wenn sie sich der Sorgen annimmt, mit denen es, wie uns wohl bewußt ist, manche Unternehmer und verschiedene Wirtschaftszweige zu tun haben.

Dr. Barzel hat in Wiesbaden verkündet, jede Abmachung, die von dieser Bundesregierung getroffen wird, solle nach dem 19. November neu verhan-

47

delt werden. Was hat er vor? Will er jetzt den Ast absägen, auf dem er selber sitzen möchte? Versteht er das unter Stabilitätspolitik? Oder bringt er nur die Buchstaben durcheinander und verwechselt Parteilabilität mit Stabilitätspathos?

(Beifall)

Tatsache ist, daß der Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten drei Jahren trotz allem geringer war als in den meisten anderen Industrieländern. Und, was oft vergessen wird: gemessen am Dollar, am englischen Pfund, am französischen Franc und fast allen anderen Auslandswährungen ist die DM heute nicht weniger, sondern beträchtlich mehr wert als vor drei Jahren. Daß wir bei der Bekämpfung der Preissteigerungen nur Teilerfolge verzeichnen konnten, lag vor allem an der krisenhaften Entwicklung des Weltwährungssystems. Gerade weil die DM als eine der härtesten Währungen weltweites Vertrauen genießt, war unser Land in den letzten Jahren immer wieder das Ziel spekulativer Geld- und Kapitalzuflüsse. Die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank sind in den letzten zwei Jahren um mehr als 50 Milliarden DM angestiegen. Gegen diese weltweite Geldvermehrung sind nationale Maßnahmen, an denen es in der Bundesrepublik nicht gefehlt hat und an denen es, wie wir alle wissen, auch in den letzten Wochen und Tagen nicht fehlt, leider nur in Grenzen wirksam. Deshalb haben wir die Initiative für eine europäische Stabilitätspolitik ergriffen. Ich bin Helmut Schmidt nicht nur dafür dankbar, daß er in einer, wie alle wissen, für mich nicht einfachen Situation die Verantwortung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik übernommen hat.

(Beifall)

Wir sind ihm auch dafür Dank schuldig, daß er sich mit klarem Blick und großer Energie auf die schwierigste und zugleich wichtigste Aufgabe in diesem Feld konzentrierte. Dies ist im übrigen nicht die Stunde, in der wir einander auf die Schulter klopfen. Aber ich möchte doch sagen, wie sehr ich mich den Kabinettskollegen und den Mitarbeitern verbunden weiß, die in diesen drei Jahren mit einem großen gemeinsamen Erfolg eine riesenhafte Arbeitslast auf sich genommen haben.

(Beifall)

Die Finanzministerkonferenz in Rom im vorigen Monat hat gezeigt, daß auch in anderen Ländern die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen zur Bekämpfung der Preissteigerungen heute mehr als früher erkannt wird. Die Bundesrepublik muß schon wegen ihres wirtschaftlichen Gewichts in Europa mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb werden wir uns auf der Pariser Konferenz in der nächsten Woche mit Nachdruck für ein gemeinsames europäisches Stabilitätskonzept einsetzen, und zwar trotz der Wiesbadener Kurpfuscherei des Vorsitzenden der CDU.

(Beifall)

Wir haben uns für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion entschieden. Nach meiner Auffassung gibt es dafür keine Alternative. Wir werden dafür kämpfen, daß diese Union eine Stabilitätsgemeinschaft wird.

Allerdings müssen wir die Lage realistisch sehen. Man kann nicht die westeuropäische Integration wollen und gleichzeitig die Illusionen nähren, die Bundesrepublik könne mit ihren Preisen eine Insel der Seligen sein. Und auf die skandalöse Bemerkung, für die Ostpolitik müßten wir im Westen zahlen, kann ich dem Betroffenen, der sich für den letzten Preußen aus Bayern hält, nur mit den Worten des großen Preußenkönigs antworten: „Niedriger hängen“.

(Beifall)

Das Eindämmen der Preissteigerungen bleibt unter den gegebenen Umständen die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Sie darf jedoch niemals in einen ersten Konflikt mit der zumindest gleichrangigen Aufgabe geraten, die heißt: Sicherheit der Arbeitsplätze. Hier unterscheiden wir uns deutlich von führenden Unionspolitikern und den hinter ihnen stehenden Kräften. Willentlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit kann für uns kein Mittel der Wirtschaftspolitik sein,

(Beifall)

und wir denken nicht daran, sie drohend als „Knüppel aus dem Sack“, etwa zur Disziplinierung der Gewerkschaften, zu verwenden.

(Erneuter Beifall)

Aber es reicht nicht aus, wenn wir sagen: Unter unserer Regierung kannst du sicher arbeiten. Dieser Satz braucht eine Ergänzung, und die heißt: Unter unserer Verantwortung und mit unserer Förderung kannst du sicher vorankommen. Das gilt für den einzelnen ebenso wie für das Ganze.

Es ist absurd — das läßt sich mit Zahlen nachweisen und ist nachgewiesen worden —, von einem Finanzchaos der öffentlichen Haushalte zu sprechen. Wir lassen uns von keiner schwarzen Zahlenmagie beeindrucken. Von gleich miserabler Qualität sind die Prognosen der Opposition über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den folgenden Jahren.

Über eines muß man sich allerdings klar sein: Die Dienstleistungen des Staates werden künftig nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr kosten. Diese Einsicht ist inzwischen offenbar auch bei Teilen der Unionsparteien gewachsen. Nur versuchen sie, dem Volk noch immer vorzumachen, man könne zu gleicher Zeit den Haushalt kürzen und die Einzelausgaben steigern. Während Barzel von einem stabilitätsgerechten Haushalt redet, fordert Herr Biewer beispielsweise neue Subventionen für die Landwirtschaft in der Höhe von 1,8 Milliarden DM pro Jahr. Das ist widersprüchlich und unseriös. Die Rechnung der Opposition geht auch hier nicht auf.

Der Staat braucht für die Leistungen, die der Bürger mit Recht von ihm erwartet, mehr Geld. Überdies ist eine Reform unseres Steuersystems überfällig. Konrad Adenauer kündigte 1957 — 1957! — eine große Steuerreform an. Das ist lange her. Erst die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition hat mit der Arbeit an der Steuerreform ernst gemacht. Wegen der vorgezogenen Neuwahlen wird der nächste Bundestag daran weiterarbeiten müssen. Das ist keineswegs ungewöhnlich. Die Mehrwertsteuer hat Regierung und Parlament drei Legislaturperioden lang in Anspruch genommen.



Wir wollen offensichtliche Ungerechtigkeiten, die unser derzeitiges Steuersystem ganz ohne Zweifel enthält, beseitigen und das Verfahren nach Möglichkeit vereinfachen. Und niemand braucht zu befürchten, daß ein geringes Mehr an Steuern zu einem Stillstand der Einkommenssteigerungen führen würde. Davon kann ja überhaupt nicht die Rede sein.

Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, ich bin dem Parteitag ein Wort darüber schuldig, wie es zu erklären ist, daß ein Mitglied unseres Parteipräsidiums — ein Mann, dessen Verdienste um die Berliner Wirtschaft und um den Weg heraus aus der Rezession ich auch heute nicht zu schmälern bereit bin — uns plötzlich im Stich läßt und das im Stich läßt, was er gemeinsam mit uns vertreten hat, und daß er sich für eine Kampagne mißbrauchen läßt, die zu den traurigsten der deutschen Parteiengeschichte gehört.

Für mich ist dies mehr ein psychologisches Problem. Es war, wie sich gezeigt hat und wie ich mit der Kritik an mir selbst, die darin liegt, zugeben muß, ein Fehler, Professor Schiller — wenn auch nur vorübergehend, wie es vereinbart war — die Gesamtverantwortung für die Wirtschaft und die Finanzen zu übertragen, denn damit war er überfordert.

Im Frühjahr und Frühsommer stellte sich dann heraus, daß er die Richtlinien der Politik zu unterlaufen versuchte und auch die Zusammensetzung des nächsten Kabinetts vorweg entschieden haben wollte. Das endete dann mit dem, was sich mir als ein Sieg der Eitelkeit über die Intelligenz darstellt.

(Beifall)

Es ist schade, aber, wie ich meine, für die Partei doch kein Unglück, daß ihr dies nicht erspart geblieben ist. Ich selbst hätte Karl Schiller gern die unvermeidliche Erfahrung erspart, daß er anderswo die Solidarität gewiß nicht finden wird, die ihm bei uns das einzige Fremdwort blieb, das er nicht verstand.

(Lebhafter Beifall)

Wir aber müssen doch auch Lehren daraus ziehen: Es gilt, aufeinander aufzupassen, gerade wo es um die Versuchungen der Macht geht. Wir wollen nicht überschätzen, was der einzelne — und sei er fachlich noch so qualifiziert — für sich beanspruchen kann. Die Grenzlinie der Solidarität ist überschritten, wenn einer von uns das Wirken in der Sozialdemokratischen Partei und für sie nicht mehr als Dienst versteht.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, im Entwurf unseres Wahlprogramms steht das wichtige Stichwort von der Qualität des Lebens. Es heißt wörtlich: „Ein Mehr an Produktion, Ertrag und Konsum bedeutet noch nicht automatisch ein Mehr an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeit für den einzelnen.“ Lebensqualität, so sagen wir weiter, ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zu Selbstbestimmung



und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder es zu werden. Lebensqualität bedeutet Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.

Für Sozialdemokraten waren in ihrer Geschichte von mehr als hundert Jahren immer die Bedürfnisse der Menschen die Substanz der Politik. So haben sie dafür gesorgt, daß Gesundheit und Lebenskraft nicht ruiniert wurden durch endlose Arbeitszeiten, schlechte Ernährung und miserable Wohnverhältnisse. Sie haben verhindert, daß Millionen von Arbeitern unter den Rädern der industriellen Revolution zugrunde gingen. Heute, nachdem manche der Elementarbedürfnisse erfüllt und neue Bedürfnisse entstanden sind, müssen Sozialdemokraten dafür sorgen, daß Mensch und Natur nicht durch eine ungezügelter Technologie und eine mißverständene Verabsolutierung des Marktmechanismus gefährdet oder zerstört werden. Mit den produktiven sind auch die zerstörerischen Kräfte gewachsen. Also

ergibt sich die Frage, wie die destruktiven Auswirkungen eines ungezügelt wachsenden Wachstums in den Griff zu bekommen sind. Die Zusammenhänge zwischen materiellem Fortschritt und menschlichen Werten müssen neu durchdacht werden. Wir wollen dabei zwei Faktoren nicht vergessen: die Fähigkeit des Menschen, durch Erfindungen und Entdeckungen immer neue Schwierigkeiten zu meistern, und den gesellschaftlichen Willen, mit einmal erkannten Gefahren fertig zu werden. Deshalb können düstere Prognosen, wie die des Futurologen-Clubs von Rom — im einzelnen umstritten, in der Tendenz schwer widerlegbar — uns nicht entmutigen. Wir haben in unserer Partei den blinden Fortschrittsglauben längst überwunden. Aber der Wille zu einer besseren Zukunft ist dadurch nicht schwächer, sondern stärker geworden. Wer heute glaubt, wirtschaftliche Stabilität sei garantiert, wenn man neuen Gedanken ausweicht, der stellt sich doch in den Schmollwinkel der Geschichte und des gesellschaftlichen Geschehens.

(Beifall)

Er wird nämlich nicht bewahren, sondern er wird zerstören, auch wenn er es gar nicht möchte: unsere Städte, unsere Landschaft, unsere Flüsse, unsere Seen. Wer unsere Lebensgrundlagen erhalten will, muß sich mehr einfallen lassen als den Appell an Beharrungsvermögen und Angst. Er muß den Mut haben, im Interesse aller den Kampf gegen Sonderinteressen zu führen. Wer heute nur Furcht vor jeder Veränderung hochpeitscht, verspielt unsere Zukunft. Wer die Zukunft gewinnen will, muß zur fortschreitenden Erneuerung, zur permanenten Reform bereit sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Wille zur Bewahrung verlangt den Mut zur Wandlung. Im klassischen Weimar Goethes war diese Einsicht lebendig. Zweihundert Jahre später findet sich unsere Zivilisation an einem Schnittpunkt progressiver und konservativer Ideen und Interessen. Die Industriegesellschaft kann ihre Energien nicht mehr den ungebändigten Wucherungen materialistischer Instinkte überlassen, die sich konservativ drapieren, doch in Wahrheit nur vorgestrig sind. Sie sind es, die den unkontrollierten Fortschritt menschenfeindlich gemacht haben. Sie appellieren noch immer an den krassen Egoismus, an dem jede Gemeinschaft zugrunde geht.

(Beifall)

Sie stellen sich nach wie vor gegen die Gefahren einer Technisierung unserer Welt, an der die Zivilisation zu ersticken droht: die Welt, die wir zu bewahren versuchen; in der die Erde nicht bloß Objekt der Bodenspekulation ist, sondern Natur bleiben kann,

(Beifall)

wo der Wohnungsbau nicht bloß Teilbereich der Industrialisierung des Alltags ist, sondern Heime schafft, in denen Menschen zu Hause sein können; in der die Arbeit nicht nur von Leistungsdiktat bestimmt wird, sondern sich auch mit der Freude verträgt, vor und nach Feierabend.

Den Aufgeklärten unter unseren konservativen Mitbürgern rufe ich also zu: Helft uns das Bewahrenswerte bewahren, werft die Scheuklappen fort und

putzt eure Brillen: Seht endlich ein, daß nur die Bereitschaft zu wohlbedachten Reformen das retten kann, was uns lieb und teuer ist. Es soll doch nicht dahin kommen, daß die guten Werte des Lebens für die Menschen zwar lieb, aber zu teuer sein werden, weil nur einige Privilegierte sie sich leisten können.

(Beifall)

Die kritische Auseinandersetzung mit den Geistern, die eine Antenne für die Ursachen einer weltweiten Unruhe, zumal unter der jungen Generation unserer Tage, haben, war für mich immer wichtig und hilfreich. Bundespräsident Heinemann hat in seiner Rede am 1. Oktober aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels davor gewarnt, kritischen und warnenden Intellektuellen den Vorwurf zu machen, sie seien es, die unsere Ordnung zersetzen.

Wir Sozialdemokraten haben Kritik und Warnungen niemals in den Wind geschlagen. Die Intellektuellen wissen dies, und manche von ihnen haben mir gestagt, sie atmeten freier, seit die sozial-liberale Koalition die Politik in diesem Lande bestimmt. Das wird — unter anderem — in den Wählerinitiativen deutlich, die ich — über die willkommene Unterstützung in diesen Wochen hinaus — als eine Bereicherung unseres demokratischen Lebens betrachte.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten laufen mit dem Wort von der Qualität des Lebens keiner Modeformel nach. Aber wir begrüßen es, daß die Opposition sich hier auch unserer Einsichten zu bedienen anfängt. 1960 und 1961, vor der damaligen Bundestagswahl, habe ich selbst darauf hingewiesen, daß die Umweltfragen ein ähnliches Gewicht bekommen würden wie die Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren. Die Unions-Kritiker hörten nichts anderes, als daß der Himmel über den Industriegebieten wieder blau werden müsse, und darüber glaubten sie sich lustig machen zu können. Der Zeitverlust, der durch ihre Harthörigkeit entstand, hat unser Volk schon Milliarden gekostet — und mehr: unwiederbringliches Glück, verlorene Freude am Leben.

(Beifall)

Den Kurdirektoren des CDU-Parteitag von Wiesbaden will ich sagen: Wer sich heute um die Reform des Bodenrechts, wer sich um ein klares Konzept in der Verkehrspolitik, wer sich um konkrete Vorschläge zur Steuerpolitik herumdrückt, sollte uns mit sogenannten „Bekanntnissen“ zur besseren Lebensqualität verschonen. Man kann nicht jeder Interessengruppe nach dem Munde reden und trotzdem eine höhere Lebensqualität beschwören.

(Beifall)

Die Opposition hat ihre Chance, ein geschlossenes Programm vorzulegen, für dieses Mal vertan. Mit einem bekannten Wort möchte ich bitten: Gebt ihr vier Jahre Zeit.

(Beifall)

Jeder sollte wissen: Es geht um neue Wertvorstellungen, die sich nicht von heute auf morgen durchsetzen lassen und die ohne Leistung, ohne weiter wachsende Produktivität nicht zu verwirklichen sind. Wir haben unser Programm der Reformen im Rahmen des finanziell Möglichen angepackt, weil nur so die besonders dringenden Bedürfnisse unserer Menschen befriedigt werden können.

Die erste Regierung der sozial-liberalen Koalition hat von den inneren Reformen nicht nur geredet, sie hat sich nicht mit Quacksalbereien aufgehalten. Übereifer — ich gebe es zu — ist uns nicht erspart geblieben. Die Erwartungen wurden oft weitergespannt, als es die Regierungserklärung rechtfertigte, zumal in der ersten Zeit. Der Begriff „Reformen“ selbst wurde zuweilen überstrapaziert. Aber die Bilanz, die kann sich sehen lassen. Hätten wir eine ganze Legislaturperiode gehabt, wäre diese Bilanz noch wesentlich besser ausgefallen. Inzwischen beginnen wir Sozialdemokraten durch den Orientierungsrahmen, der als Langzeitprogramm bezeichnet wird, die ökonomischen und finanziellen Daten für die nächsten fünfzehn Jahre besser in den Griff zu bekommen.

Über unsere Regierungsarbeit liegen genügend Berichte und Broschüren vor, und ich hoffe, sie erreichen alle ihre Adressaten und sie werden draußen verstanden. Nur so viel: Wenn wir in den drei Jahren nichts anderes zustande gebracht hätten als das Betriebsverfassungsgesetz und die flexible Altersgrenze, als das Städtebauförderungsgesetz und das verbesserte Mietrecht, als die Vorsorgeuntersuchungen gegen Krebs und die Dynamisierung der Kriegspferrenten, als den Erfolg des 624-DM-Gesetzes und die Unfallversicherung der Schüler, als die neuen Weichenstellungen in der Bildungspolitik und in der Gesundheitspolitik, die Verbesserungen in der Bundeswehr, die Initiativen in der Justizpolitik und im Umweltschutz — dann hätten wir damit schon einen Katalog der Erfolge, mit denen wir guten Gewissens vor die Wähler treten können. Aber es ist mehr geschehen.

Herbert Wehner wird dem Parteitag heute nachmittag den Entwurf der Plattform des Wahlprogramms erläutern, und er wird dabei gewiß den Zusammenhang herstellen zwischen dem, was geleistet wurde, und dem, was nun geleistet werden soll. Ich möchte diese Gelegenheit gern nutzen, um der Bundestagsfraktion in ihrer Gesamtheit und ihrem ersten Mann für die sachkundige, arbeitsreiche, häufig entsagungsvolle und vor allem grundsolidarische Unterstützung in der 6. Legislaturperiode herzlich zu danken.

(Beifall)

Es bleibt viel zu tun. Wir wissen es. Darum dürfen wir, wie ich gesagt habe, nicht auf halbem Weg stehenbleiben.

Dr. Barzel zieht jetzt eine Vielzahl von sogenannten Plänen aus der Schublade. Vieles ist vage — einiges mag durchaus vernünftig sein. Schließlich muß die CDU auch hier versuchen, auf den fahrenden Zug zu springen. Aber insgesamt legt sie sich mit ihren Plänen selber einen Katalog von Versäumnissen vor. Eine Partei, die zwanzig Jahre lang die Regierung geführt hat, kann sich nicht plötzlich so aufführen, als hätte sie noch nie eine Chance gehabt, ihren Reformwillen zu beweisen.

(Lebhafter Beifall)



Noch deutlicher: Die CDU soll nicht so tun, als sei sie gerade dabei, sich vom Trauma Bismarckscher Katholikenverfolgung zu lösen, um endlich auch einmal die Regierungsverantwortung tragen zu dürfen. Wir sind schließlich auch mit dem Sozialistengesetz fertig geworden. Deshalb sage ich: Nur Mut, Kollege Barzel, und an die Arbeit, die man ja auch in der Opposition leisten kann! Wir sprechen da aus Erfahrung.

(Beifall)

Die Zeit drängt: ob in der Bildungspolitik, im Gesundheitswesen, in der Verkehrsplanung oder in der Stadtentwicklung. In unserer Generation kann man an einem Tag mehr versäumen als um die Jahrhundertwende in einem Jahr. Die Versäumnisse beim Umweltschutz haben das dramatisch bewiesen. Unsere Städte sind in Gefahr, sich in gigantische, aber seelenlose Produktions- und Konsummaschinen zu verwandeln, aus denen alles weichen muß, was der Maximierung der Produktion und des Konsums im Wege steht. Man starrt zu gebannt auf die Krise, die nicht mit etwas mehr Technik, etwas

besserer Planung oder etwas anderen Verwaltungspraktiken aus der Welt zu schaffen ist. Ihr ist nicht im Rahmen der herkömmlichen Rezepte beizukommen. Sie ist nur noch gesellschaftspolitisch zu meistern. Das einseitige ökonomische Prinzip muß in seine Schranken verwiesen werden, es muß sich dem Primat der Politik unterordnen, es darf nicht herrschen, es muß dienen. Drei Reformen sind dabei besonders dringlich: die Steuerreform, die Bodenreform und die Verkehrsreform.

Die Steuerreform muß auf eine möglichst gerechte Weise und über einen nicht zu weit gesteckten Zeitraum die Mittel schaffen für Schulen, Kinderhorte, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel und Erholungsflächen.

Die Bodenreform darf nicht den Gewinn weniger, sondern sie muß die Wohlfahrt aller zur Richtschnur der Bodennutzung machen und die von der Gemeinschaft bewirkten Wertsteigerungen auch für die Gemeinschaft in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Die Verkehrsreform muß in den Verdichtungsgebieten die Übermotorisierung abbauen und dem Ausbau des Schienenschnellverkehrs die erste Priorität geben.

(Beifall)

Die erste Regierung der sozial-liberalen Koalition hat mit dem Städtebauförderungsgesetz einen ersten Schritt zur Verbesserung des Bodenrechts getan. Hierzu ein offenes Wort: Unser Grundgesetz schützt das Eigentum, und daran gibt es für mich, für uns nichts zu deuteln. Aber das Grundgesetz will auch, daß das Eigentum der Gemeinschaft dient. Denn das heißt auf gut deutsch „Sozialpflichtigkeit“.

Es ist ein Anschlag auf die Intelligenz der Wähler, wenn man uns unterstellt, wir hätten es auf irgend jemandes Haus abgesehen. Diese Behauptung ist dümmer, als es auch der CDU/CSU erlaubt ist.

(Lebhafter Beifall)

Was ein neues Bodenrecht verhindern muß, ist, daß einige wenige Spekulanten über ein so lebenswichtiges Gut wie den Grund und Boden auf Kosten der Gesellschaft verfügen. Und ich sage: Wer nicht den Mut aufbringt, auf dem Boden unserer Rechts- und Eigentumsordnung neue Wege zu gehen, der wird u. a. mitschuldig am Zusammenbruch unserer Städte.

(Beifall)

Wer den sozialen Rechtsstaat ausbauen will, stößt notwendig auf überstrebende Gruppeninteressen. Sie finden ihre Advokaten vor allem in der CDU/CSU. Das haben wir beim Kampf um ein verbessertes Mietrecht, beim Städtebauförderungsgesetz und nicht nur dort beobachtet.

Geschichte und Erfahrung sollten uns aber zeigen, daß man damit fertig wird. Die skrupellose Ausbeutung der Arbeiter stieß auch zuerst nur auf den Widerstand weniger, aber dann folgten ein Aufstand der Worte, die moralische Verurteilung und schließlich die soziale Gesetzgebung.

Bei der Arbeit um eine bessere Qualität des Lebens wird sich ähnlich die Erkenntnis durchsetzen — und zwar vor allem auch durch das neue Selbstbewußtsein der Frauen —, daß es vieles zu verändern gilt, gerade um Lebenswichtiges zu erhalten.

(Beifall)

zu bewahren, wiederzugewinnen. Hier müssen wir lernen. Wir sind immer mehr Lernende als Wissende gewesen. Wir lernen jeden Tag dazu. Wer mit uns lernen will, wie diesem Volk am besten zu dienen sei, gehört zu uns. Wir sind keine Hersteller von Patentrezepten. Wer es aber mit dem Notwendigen aufnehmen will, muß auch den Mut zum Unvollendeten haben.

In meiner Rede zum 20. Todestag Kurt Schumachers habe ich gesagt, der Auftrag des demokratischen Sozialismus bedeute nicht, daß wir glaubten, die Wahrheit gepachtet zu haben, oder daß wir meinten, einen politischen Ausschließlichkeitsanspruch stellen zu können. Wohl aber bedeutet er die Kontinuität sowohl des Kampfes gegen die Vergewaltigung des Menschen und seiner Freiheit als auch des Ringens um Gerechtigkeit und Solidarität in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Und neben diesem aus Protest gebotenen Kampf lebt im freiheitlichen, im demokratischen Sozialismus über wechselnde Zeitabläufe hinweg die Zuversicht in die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten.

Diese Partei hat in den langen Jahren ihres Wirkens für Millionen Untertanen die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte erkämpft, die Lebensbedingungen der breiten Schichten unseres Volkes wesentlich verbessert, den Wiederaufbau nach zwei Weltkriegen entscheidend mitgetragen, und sie hat jetzt energisch damit begonnen, aus dieser, unserer Bundesrepublik einen vorbildlichen demokratischen und sozialen Bundesstaat zu machen. Durch die Generationen streitbarer, verfolgter, geschlagener und kraftvoll wiederauferstandener deutscher Sozialdemokraten hindurch ging es letztlich immer wieder um eine zentrale Aufgabe: Freiheit und Gerechtigkeit, Einzelinteresse und Gemeinschaftsinteresse im Geiste der Solidarität miteinander zu verbinden. Jetzt kommt es darauf an, die solide parlamentarische Basis dafür zu schaffen, daß das Notwendige geschieht, um das Leben in unserem Land solidarischer und menschlicher zu machen.

(Beifall)

Auf außenpolitischem Gebiet, verehrte Anwesende, liebe Freunde, wirft uns die Opposition im Kern vor, daß wir nicht mit einem Zauberschlag die Probleme lösten, die teilweise aus dem zweiten Weltkrieg, teilweise aus dem kalten Krieg der 50er Jahre und teilweise aus der zwanzigjährigen Vorherrschaft der CDU/CSU auf uns überkommen sind.

In der Außen- und Deutschlandpolitik begegneten wir einer Verhetzung, die nun inzwischen an ihrer eigenen Maßlosigkeit erstickt. Erinnerung wir uns: Strauß erklärte im Wahlkampf 1969, eine SPD/FDP-Regierung werde die Stellung und die Sicherheit der Bundesrepublik untergraben, wir würden Moskau wie eine reife Frucht in den Schoß fallen. Und Herr Jaeger sagte den Einmarsch der Roten Armee voraus. Das war wohl eher Zukunftsdeuterei von Volksfestniveau.

Nach Abschluß des Moskauer Vertrages erklärte der CSU-Vorsitzende, Bundeskanzler und Außenminister hätten sich zu Garanten einer Europapolitik gemacht, die darauf hinauslaufe, „die Amerikaner aus Europa herauszumanövrieren, den westeuropäischen Einigungsprozeß zu blockieren, das westliche Bündnis insgesamt auszuhöhlen und das freie Europa der sowjetischen Übermacht anheimfallen zu lassen“.

Dr. Kiesinger hat unterdessen in Wiesbaden, wie ich mir sagen ließ, eine rhetorische Stunde erlebt. Er warf uns vor, wir versäumten es, uns um die Deutschen in der DDR — diesem „Gebilde“ — zu kümmern. Ich werde nachweisen, daß wir uns um sie gekümmert haben: Nicht wie um Schatten-geschöpfe einer nationalen Mythologie, die in einem schimärenhaften Gebilde existieren, sondern um leibhaftige Menschen, deren Wirklichkeit von einem konkreten Staat bestimmt wird, der gewiß nicht nach unserem Geschmack ist. Dr. Kiesingers große Stunden sind eben immer die rhetorischen.

(Beifall)

Wir haben in Wahrheit — entgegen seinen Voraussagen — das atlantische Bündnis gefestigt, die Europäische Gemeinschaft erweitert, und die Sowjetunion unterschrieb ein Viermächteabkommen, das die Präsenz der Vereinigten Staaten und der anderen beiden Westmächte in West-Berlin für eine nicht begrenzte Zeit garantiert.

Eine deutsche Illustrierte enthüllte Papiere unter der Überschrift „Bonn will Berlin verschenken“. Das Ergebnis der Verhandlungen aber war ein Abkommen, das der amerikanische Präsident als einen Meilenstein der Nachkriegsentwicklung bezeichnete und das ihm den Weg zu seinen Gesprächen mit Generalsekretär Breschnjew ebnete. Der Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin ist heute weniger behindert als jemals seit dem Ende des Krieges, und die Westberliner haben heute mehr Rechte und Möglichkeiten zu Besuchen in der DDR als die Westdeutschen. Sie nützen sie zu Hunderttausenden.

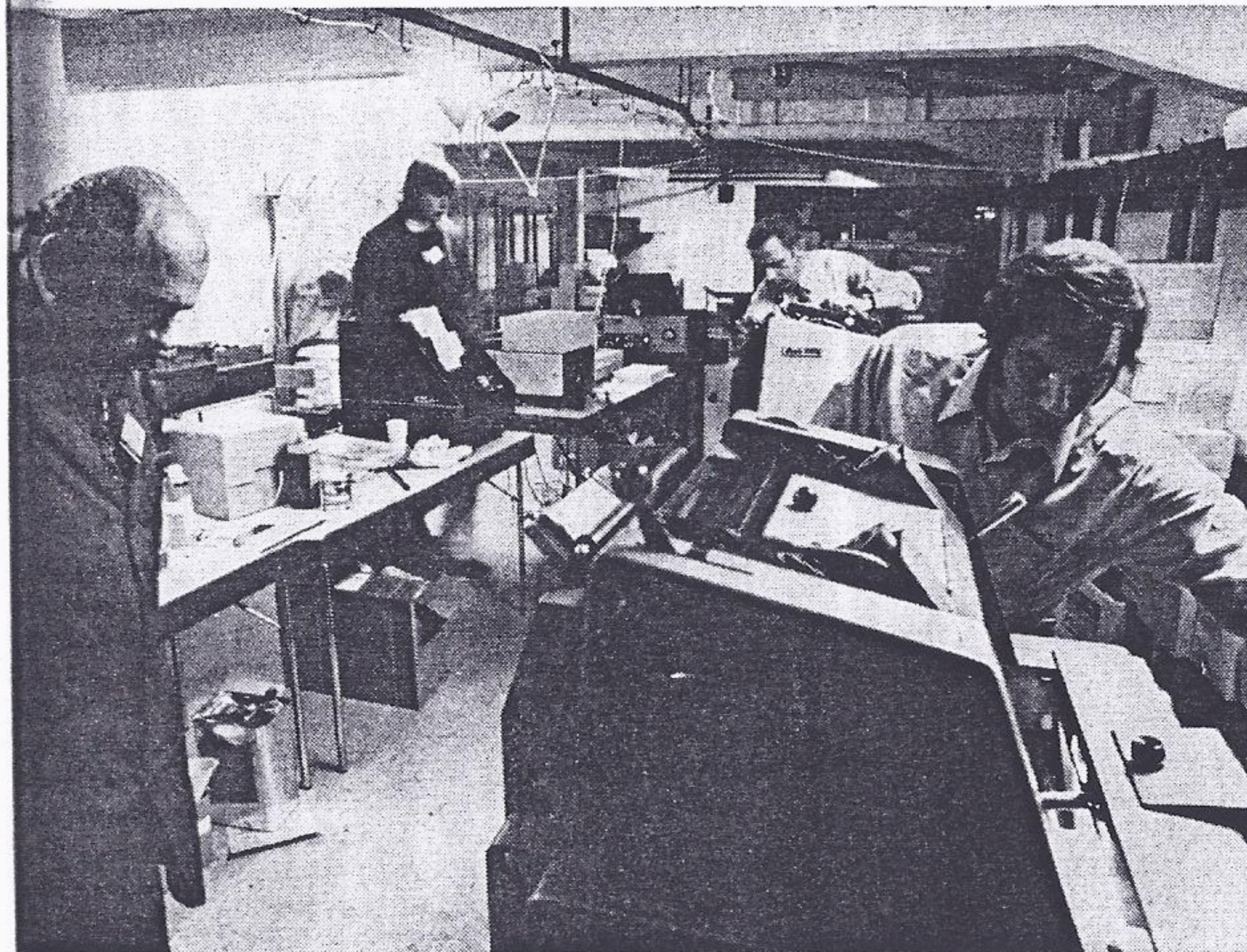
Herr Strauß bezeichnete den Moskauer Vertrag als „Teilungs- und Kapitulationsabkommen“, aber im Bundestag stimmte er nicht dagegen. Man beschuldigte uns des Ausverkaufs und übte sich in der Enthaltung, als es um das Siegel ging. Man muß sich das noch einmal genau vergegenwärtigen. In einer Schicksalsfrage der Nation findet die Opposition nicht den Mut zu einem Ja; sie wagt kein Nein. Sie flüchtet in die Neutralität, die Enthaltung. So demonstriert man seine Unfähigkeit, über Schicksalsfragen der Nation zu entscheiden.

(Lebhafter Beifall)

Die Opposition ist — um wieder mit Herrn Kiesinger zu sprechen — zu einem Phänomen geworden. Sie führt zum erstenmal einen Wahlkampf, in dem sie die Außenpolitik möglichst vergessen machen will. Ich kann das verstehen, habe aber nicht die Absicht, ihr dabei zu helfen.

(Beifall)

Im Gegenteil, unsere Politik der Verständigung und der aktiven Friedenssicherung hat in der Wahlauseinandersetzung — denkt jeden Tag daran! — einen entscheidenden Rang.



*Mit Hochdruck werden die Anträge und übrigen Mitteilungen an den Parteitag vervielfältigt.*

In der Deutschlandpolitik hat die Opposition zunächst dagegen protestiert, daß diese Bundesregierung erklärte, sie werde — was ihre Vorgängerinnen praktisch schon getan hatten — davon ausgehen, daß die DDR ein Staat sei und daß man sie wie einen Staat behandeln müsse.

Danach hat es die Opposition aufgegeben, einen Streit um Prinzipien zu führen, und sich darauf beschränkt, unsere Erfolge zu kritisieren.

Das fing im Frühjahr 1970 an mit den ersten zehn Telefonleitungen, die zwischen den beiden Teilen Berlins wieder geschaltet wurden. Man regte sich darüber auf, daß dies zuwenig sei, obwohl die CDU/CSU nicht einmal dies Wenige zustande gebracht hatte. Inzwischen ist die Zahl der Leitungen vervielfacht worden, auch zwischen der Bundesrepublik und der DDR, und wir machen die Erfahrung, wie schnell man sich an die kleinen Veränderungen zum Besseren gewöhnt.

Die Opposition hält es für eine schlaue Taktik, die Latte ihrer Forderungen möglichst immer so hoch zu legen, daß niemand sie überspringen kann. Es ist natürlich sehr ehrenvoll, wenn man der Bundesregierung politische Rekordleistungen zutraut. Allerdings hat Barzels Pudel einen Kern: Die

Union warf mir in einer ihrer camouflierten Anzeigen vor, ich hätte als Bundeskanzler für die Bürger in der DDR noch keine Freizügigkeit erreicht. Das ist objektiv unbestreitbar. Objektiv unbestreitbar ist auch, daß die zunächst noch relativ vorhandene Freizügigkeit in Deutschland während der zwanzigjährigen CDU-Herrschaft verlorengegangen ist. Die Opposition würde hier sagen, es sei unerhört, die Schuld der östlichen Seite zu verschweigen. Und damit hätte sie recht.

Ich finde es unerhört, so zu tun, als hätten die kommunistischen Regierungen, mit denen wir es zu tun haben, darauf verzichtet, ihre eigenen harten Interessen zu vertreten. Sie sind ideologisch von uns heute nicht weniger weit entfernt als gestern. Ich kann hier versichern, daß es sehr viel leichter ist, mit unseren westlichen Verbündeten zu reden. Keiner der Unionsführer hat die Erfahrungen gemacht, daß Verträge im Osten ungleich schwerer auszuhandeln sind als Verträge mit dem Westen.

Dennoch: Das Nebeneinander von Ost und West muß zwischen den Staaten organisiert werden, damit der Frieden sicherer wird. Die grundsätzliche geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als Ideologie und Gesellschaftsordnung muß weitergeführt werden. Aber die Formen, in denen das geschieht, haben sich dem Interesse an der Sicherung des Friedens unterzuordnen.

(Beifall)

Wir befinden uns hier in einer eindeutigen Parallele zu dem, was Nixon und Breschnew vereinbart haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren guten und aktiven Anteil an dieser Entwicklung, und die Hoffnungen der Welt richten sich auf diese Entwicklung. Über Rüstungsbegrenzung wird seit vielen Jahren gesprochen. Heute beginnt man etwas zu tun. Das erste SALT-Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA zur Begrenzung des atomaren Wettrüstens ist geschichtlich ohne Beispiel. Aber auch die Gefahr, unter der wir leben, ist geschichtlich beispiellos.

Die Kluft des Mißtrauens zwischen den weltpolitischen Giganten ist noch längst nicht geschlossen. Auch wir selbst haben erst den Grundstein gelegt, auf den eine konstruktive Koexistenz gebaut werden kann. Ich bin überzeugt, daß die Großmächte von dem Thema der Begrenzung des Rüstens nicht mehr loskommen werden, und ich halte es selbst für notwendig — Sie wissen das von mir seit Jahr und Tag —, daß das größte Zerstörungspotential, das es je in Europa gab, verringert wird — beiderseitig und ausgewogen.

(Beifall)

Das wird ein langer Prozeß sein; er fordert Geduld, und wir richten uns darauf ein.

Wir brauchen die Bundeswehr, wir brauchen das Atlantische Bündnis. Wir werden der Bundeswehr auch in Zukunft alles geben, dessen sie bedarf, um unsere Verpflichtungen in der NATO zu erfüllen. Aber Bundeswehr und Bündnis, sie bieten uns jene letzte, relative Sicherheit, von der wir mit allem Ernst wünschen, daß sie niemals erprobt wird. Unsere hoffnungsvollste Verteidigung ist geduldige, realistische Friedenspolitik.

(Beifall)



Das ist die Bereitschaft zu jeder vernünftigen, mit unseren westlichen Bündnispartnern abgestimmten vertraglichen Regelung.

In den nächsten vier Jahren werden die Themen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa und einer ausgewogenen Truppenreduzierung in Mitteleuropa Schwerpunkte unserer Außenpolitik setzen. Es ist kein Zufall, daß diese Themen konkret werden, nachdem die Bundesrepublik in voller Verantwortung für ihre Rolle im europäischen Konzert wichtige Verträge geschlossen hat und mit der DDR zu schließen beabsichtigt.

Es ist auch kein Zufall, daß gerade in den letzten Tagen aus den Vereinigten Staaten Stimmen zu hören waren, wonach Washington beabsichtigt, Veränderungen im Rahmen des westlichen Bündnisses vorzuschlagen. Ich stehe seit langem mit dem amerikanischen Präsidenten in einem engen Meinungsaustausch darüber, daß wir Vorkehrungen — auch institutioneller Art — dafür schaffen sollten, daß unnötige Reibungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten vermieden werden. Liebe Freunde, in einer Zeit, in der das Gewicht Europas gewachsen ist, in

der die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft sich in der Pariser Begegnung nächste Woche manifestieren wird, in der abzusehen ist, daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, sich von Bürden in Asien zu entlasten, ihre Beziehungen zu China zu normalisieren und mit der Sowjetunion auf der Basis der friedlichen Koexistenz Abkommen von allergrößter Tragweite zu schließen, in einer Zeit, in der zum erstenmal seit dem Ende des Krieges die europäischen Staaten sich an einem Konferenztisch versammeln wollen, in einer solchen Zeit ist es logisch und richtig, das Verhältnis mit den Vereinigten Staaten auf der Basis einer Partnerschaft zu diskutieren und zu erkennen, daß es für die kommenden Jahre nicht ausreicht, die Allianz ausschließlich oder überwiegend unter den Gesichtspunkten der militärischen Abschreckung zu werten und zu nutzen.

Es gehört zu den bedeutendsten Entwicklungen des letzten Jahres, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten als einen Faktor akzeptiert hat, ohne den Abmachungen über die Sicherheit in Europa nicht sinnvoll und möglich sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Italien und den anderen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft diese Fragen prüfen und wie bisher um eine gemeinsame Haltung bemüht sein. Die Rezepte der fünfziger und sechziger Jahre reichen nicht aus angesichts der Dimensionen, die sich dem westlichen Europa und Amerika für die Sicherung des Friedens und die Organisation der Zusammenarbeit stellen. Je sicherer der Friede wird, desto stärker wird das Gewicht und die Verantwortung aller, die sich auf strategische und atomare Waffen weder stützen können noch wollen.

Hier wird es zuletzt darauf ankommen, dem Bündnis auch neue politische Dimensionen zu geben. Das war, das ist lebenswichtig.

Die sozial-liberale Koalition hatte die Aufgabe, die deutsche Außenpolitik aus der Gefahr der Selbstisolierung zu befreien, in die sie durch eine miserable Verwaltung des Adenauerschen Erbes geraten war.

Dies ist gelungen. Wenn das westliche Europa gelernt hat, mit einer Stimme zu sprechen, werden wir eine gemeinsame und solidarische Wirtschafts- und Außenpolitik formulieren, in der das deutsche Wort nicht verlorengelht. Parallel dazu werden Vereinbarungen und konkrete Abmachungen auf gesamteuropäischer Ebene anzustreben sein, damit wir einen Kontinent der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit schaffen.

Auch dafür ist es wichtig, daß die beiden Staaten in Deutschland ihre Beziehungen normalisieren. Sie tun das in dieser geschichtlichen Phase gerade noch rechtzeitig, um nicht zu einem europäischen und weltpolitischen Hindernis zu werden. Das Beispiel Formosa habe ich nie als vorbildlich und erstrebenswert betrachten können.

Liebe Freunde, wir stehen mitten in schwierigen Verhandlungen, die ich durch das, was ich hier sage, nicht belasten will. Deshalb nur einige wenige Feststellungen. Wir werden nur einen Grundvertrag abschließen, der keiner Verfassungsänderung bedarf und der es uns gestattet, das Ziel des Selbstbestimmungsrechts mit friedlichen Mitteln ebenso zu verfolgen, wie dies für den Moskauer Vertrag gilt. Wir werden nur einen Grundvertrag schließen, der die Rechte der vier Mächte nicht berührt. Wir werden nur einen Grundvertrag schließen, der die Perspektive nicht verschüttet, daß die



beiden Staaten im Interesse der Menschen nicht nur zu einem geregelten Nebeneinander, sondern auch zu einem Miteinander finden, das sie befähigt, ihren notwendigen Beitrag zur Organisation des Friedens in Europa zu leisten. Wenn wir das erreichen, dann allerdings werden wir den Vertrag schließen.

(Beifall)

Alles andere wäre absurd: Was Peking angeht — das sagen die Herren, die sich zu Erhards Zeiten aus den aufgenommenen Verhandlungen wieder zurückzogen —, so hätten wir uns zu viel Zeit gelassen. Aber was die DDR angeht, die sie wohl für ein entfernteres Land halten, fordern sie Aufschub. Selbst große Schweiger wie Dr. Schröder reden manchmal für ihre Verhältnisse noch zuviel.

Lassen Sie mich gleich folgendes hinzufügen. Ich betrachte es als bedeutsam, daß wir durch die gestrige Unterschrift des Bundesaußenministers die Beziehungen zur Volksrepublik China haben normalisieren können. Auch

das liegt auf der Linie unserer Regierungserklärung vom Oktober 1969. Die nunmehr wieder formalisierten Beziehungen zum großen chinesischen Volk sollen den beiderseitigen Interessen dienen und der Sicherung des Weltfriedens zugute kommen.

Der Weg, der zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten führt, ist immer noch schwierig. Die Verantwortlichen auf beiden Seiten müssen, unbeschadet alles Trennenden und nicht zu Vereinbarenden, aufeinander zugehen. Es genügt nicht, nur die eigenen Probleme zu sehen. In diesem Sinne möchte ich den Beitrag, den die Regierung der DDR zu dem Normalisierungsprozeß zu leisten bestrebt ist, durchaus würdigen.

(Beifall)

Die Schwierigkeiten liegen in der ungeheuren Kluft, die gerade diese beiden Staaten voneinander trennt, deren Menschen sich als Mitglieder eines Volkes erkennen. Beide Staaten gehören verschiedenen Paktsystemen, verschiedenen Wirtschaftssystemen, verschiedenen Gesellschaftssystemen an. All das grenzt sie ab und wird sie weiterhin schmerzlich voneinander trennen. Aber Kooperation und Konfrontation schließen sich nur in der Dogmatik aus, nicht im wirklichen Leben. Das darf also nicht verhindern, Beziehungen der guten Nachbarschaft herzustellen, die Geschichte, das gemeinsame kulturelle Erbe und das elementare Gefühl der Menschen zu bewahren, daß wir Deutsche sind, hier wie dort — übrigens einschließlich unserer Fehler.

In dieser Bundesrepublik wurde selten ein gutes Wort über die DDR verloren. Ich will hier nur sagen: Die Amnestie ist eine Entscheidung, die wir begrüßen.

(Beifall)

Und ich wiederhole: Guter Wille drüben wird gutem Willen hier begegnen. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten und Probleme, die sich bei dem beharrlichen Bemühen ergeben, zu einem geregelten Nebeneinander und friedlichen Miteinander zwischen den beiden deutschen Staaten zu gelangen. Gerade mit der DDR werden wir noch viele Jahre verhandeln müssen, um die Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen, die im Grundvertrag verankert werden sollen. Auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Von einem allerdings bin ich überzeugt: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Opposition sich entschließen könnte, die deutschen Fragen voranzubringen.

(Beifall)

Sie soll sich jetzt nicht so aufführen, als sei ihre bisherige Doppelzüngigkeit und Entscheidungslosigkeit Voraussetzung für ihren plötzlichen Ehrgeiz, eine Treuhänderschaft an unserer Friedens- und Verständigungspolitik mit den östlichen Nachbarn übernehmen zu wollen. Zuerst müßte sie den Nachweis ihrer Seriosität erbringen.

(Zustimmung)

Von dem massiven Protest der CDU/CSU gegen die Feststellung in unserer Regierungserklärung, die DDR sei ein Staat, bis zum beinahe verschämten Ja dieser Parteien am 22. September 1972 zum ersten Staatsvertrag mit der DDR und ihrer Zustimmung im Bundesrat, führte ein weiter Weg. Dorthin haben wir die CDU/CSU mehr getragen, als daß sie sich auf eigenen Beinen bewegte. Die Opposition spürt wohl, daß sie nicht länger gegen einen weltpolitischen Strom schwimmen kann. Dann aber bitte: weniger staatsmännische Gestikulation, Dr. Barzel, mehr staatsmännische Haltung!

(Beifall)

Weniger Denkmalspose, Dr. Schröder, und mehr Solidität!

(Beifall)

Herr Barzel aber darf in einer schizophrenen Arbeitsteilung mit Strauß bis zu den Wahlen offensichtlich so tun, als hätte die Opposition niemals etwas anderes angestrebt als den Grundvertrag, die Konferenz in Helsinki, die Verhandlungen über die gegenseitige Truppenreduzierung in Europa. Es geht hier, ich wiederhole es, um Seriosität, um Zuverlässigkeit, gedankliche Sauberkeit, Solidität. Im Augenblick scheint es mir, die deutsche Politik, zumal die deutsche Außenpolitik, sei eine zu ernste Angelegenheit, um Dr. Barzel und seiner Mannschaft mit F. J. Strauß als Geheimkanzler überlassen zu werden.

(Beifall)

Das sozial-liberale Gespann hat sich gerade auf außenpolitischem Gebiet bewährt, und man soll nicht mitten im Strom die Pferde wechseln. Ich sage übrigens — wie ich annehme, in Übereinstimmung mit meinem Partner und Kollegen — in allem Freimut: Walter Scheel ist ein besserer Außenminister, als es Brandt unter Kiesinger sein konnte.

(Beifall)

Und das ist zum Nutzen für uns alle. Außerdem ist er ein Spezialist für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen geworden, während Herr Schröder sich dazu verurteilen ließ, als ein Spezialist für den Abbruch von Beziehungen zu agieren.

(Beifall)

Die Regierung der sozial-liberalen Koalition hat es durchgesetzt, daß wir uns in unserer Friedens- und Verständigungspolitik zum erstenmal in der deutschen Geschichte zugleich mit Moskau und Warschau verständigt und dabei den Zusammenhalt mit dem Westen nicht nur gelockert, sondern gefestigt haben. Unsere Politik fordert nirgends neue Opfer und fördert nirgends neues Mißtrauen. Mit der Volksrepublik China haben wir gestern normale diplomatische Beziehungen aufgenommen, ohne daß man irgendwo glaubt, dies sei gegen irgendeinen denkbaren Dritten gerichtet. Wer unsere Geschichte und wer die gegenwärtige Weltlage kennt, der weiß, was das alles bedeutet.



Im übrigen will ich noch ein Neues anfügen: So wenig die Nachrichten stimmten, daß ich jetzt nach Peking reisen würde, so abwegig sind die Meldungen, denen zufolge ich in diesen Wochen — unbeschadet mancher Einladung — Reisen nach Washington, Moskau, Prag oder auch Ost-Berlin plante. Mein Platz ist bei meinen Freunden in diesen Wochen, jeden Tag und in jeder Stunde, die dafür zur Verfügung steht.

(Beifall)

Und jetzt lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zur geistigen Situation anfügen. Die Sozialdemokratie des Godesberger Programms nimmt keinen weltmissionarischen Auftrag für sich in Anspruch. Wir suchen die Menschheit nicht mit Heilslehren heim, die aus sich selbst immer leicht einen autoritären Anspruch entwickeln. Wir verkünden nicht die eine große Wahrheit, die keinen Zweifel erlaubt. Im Gegenteil: Wir sagen ja — ich jedenfalls, und ich glaube, die meisten mit mir — zum fragenden Zweifel, zur produktiven Beunruhigung. Die Freiheit des Zweifels — Voraussetzung des freien Denkens überhaupt — gehört für uns zur Qualität des Lebens. Sie ist vielleicht die einzige zuverlässige Abwehr der Verzweiflung. Aber wer die Nase in den Wind steckt, der spürt, daß diese Freiheit ansteckend wirkt. Sie rührt sich nicht nur hier in diesem unserem Volk. Sie begegnet uns jenseits der Grenzen. Hier haben wir zu lernen.

Unsere Gesellschaft hat sich ein neues Selbstbewußtsein erarbeitet; es ist durch Leistung erdient, und wir denken nicht daran, diese Leistung zu verachten. Doch sie kann ihren Sinn nicht in sich selbst finden. Wir vergessen nicht, was ihr eigentlicher Maßstab ist. Der eigentliche Maßstab ist die Sorge für die, denen der Atem ausgeht, für die vielen, deren Leben noch immer Mühsal und Last ist, die wir in der Verkrampfung unserer Energien zu oft erschöpft am Wegrand des Fortschritts zurücklassen. Ich denke hier vor allem auch an unsere Alten, für die wir wieder eine Heimat in unserer Gesellschaft schaffen müssen.

(Beifall)

Für John F. Kennedy und seinen Bruder Robert gab es ein Schlüsselwort, in dem sich ihre politische Leidenschaft sammelte, und es wird von ihren Landsleuten, die ihre Trauer um den Tod dieser beiden Männer noch nicht abgeschüttelt haben, wieder und wieder zitiert. Dieses Wort heißt „compassion“. Die Übersetzung ist nicht einfach Mitleid, sondern die richtige Übersetzung ist die Bereitschaft, mitzuleiden, die Fähigkeit, barmherzig zu sein, ein Herz für den anderen zu haben.

Liebe Freunde, ich sage Ihnen und ich sage den Bürgern und den Bürgerinnen unseres Volkes: Habt doch den Mut zu dieser Art Mitleid! Habt Mut zur Barmherzigkeit! Habt Mut zum Nächsten! Besinnt euch auf diese so oft verschütteten Werte! Findet zu euch selbst!

Die Menschlichkeit braucht zuletzt immer den einzelnen. Aber die Gemeinschaft kann die organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, menschlicher zu sein und den Schwachen zu schützen. Olof Palmes,



des schwedischen Ministerpräsidenten, Formel von der Notwendigkeit einer „sozialen Erneuerung der Produktion“ setzt uns allen ein großes Ziel. Es ist eine Lebensfrage für jede Industrienation geworden, ob es uns gelingt, die Produktivität in den Dienst eines menschlichen Lebens zu stellen, oder ob wir uns von ihr erdrücken lassen.

Es ist die Grundfrage, auf deren Beantwortung die Sozialdemokratie — der freiheitliche, demokratische Sozialismus — immer ungeduldiger drängt und drängen muß,

(Beifall)

nicht nur hierzulande im engen Kontakt mit eng verwandten Strömungen in Westeuropa und in der unmittelbaren Nachbarschaft mit Regimen, die den neuen Wirklichkeiten noch auszuweichen versuchen. Geist von unserem Geist regt sich immer mächtiger in den Vereinigten Staaten, und er nimmt auf die klassischen Parteigrenzen keine Rücksicht. Politische Gruppierungen, die sich uns verwandt fühlen, haben in Kanada eine erstaunliche Kraft gewonnen. Wir wissen, wie viele Hoffnungen sich in den Ländern Südamerikas auf uns richten, weil sie einen Weg aus dem Elend suchen, aus jenem Elend, das nur die Wahl zwischen Diktatur und Anarchie zu lassen scheint. Und Diktaturen sind ja zumeist nichts anderes — wie wir es erfahren haben — als eingemauerte Anarchie.

Die Völker Asiens und Afrikas beobachten uns mit ernster Aufmerksamkeit. Sie prüfen, ob und wie wir der Probleme Herr werden, die morgen die ihren sein werden. Ihre Staaten sind jung. Die unseren schleppen die Last einer langen Geschichte mit. Wir haben die Bürde der Vergangenheit nicht an der Garderobe abgegeben, als wir die Mitarbeit am werdenden Europa begannen. So einfach verhält sich das nicht. Europa war und ist kein Traumgebilde, in das man vor sich selber flüchten könnte. Manche, die ich die ewigen Mitläufer nennen möchte, bildeten sich das wohl ein. Sie haben sich getäuscht.

Europa ist eine nüchterne Arbeit geworden, auch Aufarbeitung der Vergangenheit. Unsere Freunde in England und in Norwegen erleben das in einem schmerzhaften Prozeß, den wir mit innerer Anteilnahme verfolgen. Europa ist ihre Reifeprüfung wie unsere. Aber hier gilt auch eine umgekehrte Feststellung:

Das, was wir die soziale Komponente in der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion genannt haben, wird die große Qualitätsprobe der Gemeinschaft sein. Hier hat die europäische Sozialdemokratie ein Kapital einzubringen, das mehr bedeutet als das, was an den Börsen gehandelt wird.

(Beifall)

Wir wollen kein nur verwaltetes Europa. Wir wollen kein Europa, das zuletzt funktioniert wie eine Dachorganisation von anonymen Riesenkonzernen. Wir wollen ein Europa, in dem die demokratischen Impulse freier und

mächtiger am Werk sind. Wir wollen ein Europa, in dem sich die Völker zu Hause fühlen. Wir wollen ein Europa — ja, ich wage das Wort —, das man lieben kann. Wir wollen Europa als die neue, die größere Heimat der Nationen. Wir proklamieren kein sozialdemokratisches Europa, so sehr wir es uns wünschen. Aber wir leugnen nicht, daß wir das demokratische und soziale Europa wollen, in dem sich das Wort von der guten Nachbarschaft der Völker endlich erfüllt — und damit ein Traum, den ich mit vielen von Kind auf geträumt habe.

In diesem Europa soll sich erfüllen, was wir als Lebensqualität empfinden. Sie ist konkrete Freiheit. Sie kann nicht das Vorrecht einer Minderheit sein. Dort, wo die Einsicht von der Notwendigkeit von Bewahrung und Veränderung, genau: vom Bewahren durch Veränderung, verstanden worden ist, dort ist die neue politische Mitte.

Im Bündnis miteinander haben die Sozialdemokraten und die modernen Liberalen begonnen, die neue politische Mitte unseres Volkes zu schaffen. Wir brauchen das Bündnis für Fortschritt und Erneuerung in unserer Bundesrepublik und in Europa. Wir brauchen das Bündnis der sozialen, freiheitlichen, christlichen und humanitären Kräfte für die Politik des Friedens, der Sicherheit und der Reformen.

Politik steht in einer Kontinuität. Das heißt aber auch: Sie muß kontinuierlich fortgeführt werden. Das gilt im Innern, und doch erfordert nichts so viel Kontinuität wie eine gute Außenpolitik. Wir stehen gewiß nicht mehr am Anfang unserer Bemühungen. Wir haben nachweisbare Erfolge erzielt. Außenpolitik ist aber langfristig. Wir sind noch nicht am Ziel. Wir dürfen jetzt nicht stehenbleiben.

Ich appelliere daher an die Wählerinnen und Wähler: Geben Sie unserer kontinuierlichen Politik des Friedens, des Ausgleichs und der Verständigung sowie der guten Nachbarschaft ein klares Mandat.

Für mich soll aus dem Schlußsatz meiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 die Präambel für eine neue Regierungserklärung nach dem 19. November 1972 werden: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein im Innern und nach außen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall, während dessen die Anwesenden sich erheben)

**Vorsitzender Werner Figgen:** Recht herzlichen Dank für diese große Rede, die uns sicher noch über den Wahltag hinaus beschäftigen wird! Liebe Genossinnen und Genossen, eine Mitteilung: Die Mandatsprüfungskommission wird sich um 15.00 Uhr im oberen Foyer des Goldsaals im dritten Sitzungszimmer, Weindiele genannt, treffen.

Das Präsidium schlägt vor, eine Mittagspause bis 15.15 Uhr einzulegen. Seid ihr damit einverstanden? — Es ist so beschlossen. Wir vertagen uns bis 15.15 Uhr.

(Unterbrechung von 13.51 bis 15.15 Uhr)